



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG

Das Bündnis für Klimagerechtigkeit stärkt die Klimaschutzprogramme der Kirchen und gibt der Zivilgesellschaft und dem Staat neue Impulse

Statement von Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel, Evangelische Landeskirche in Württemberg

Vom Glauben zur Glaubwürdigkeit

Wir glauben: Gott hat uns mit dieser Erde etwas Wunderbares anvertraut. Die *Bewahrung der Schöpfung* und das Eintreten für weltweite und intergenerationelle *Gerechtigkeit* sind deshalb Kernanliegen kirchlichen Handelns. Wir bringen uns aktiv in gesellschaftliche Diskurse ein. In ökumenischer Verbundenheit beziehen wir Position für die Schonung der uns anvertrauten natürlichen Ressourcen, damit alle Menschen, auch diejenigen, die nach uns kommen, gute Lebensbedingungen vorfinden. Dazu wollen wir als Kirchen gemeinsam vorbildlich handeln und unsere Kräfte bündeln.

Vom Wissen zur Umsetzung

Seit Jahrzehnten sind Kirchen in der Umweltarbeit aktiv. Sie haben früh den konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aktiv aufgegriffen. Der erste Umweltbeauftragte der Evangelischen Landeskirche hat schon vor mehr als drei Jahrzehnten das kirchliche Engagement unter das Leitmotiv der Diakonie für die ganze Schöpfung gestellt. Papst Franziskus betont in seiner Enzyklika die Sorge für das gemeinsame Haus. Die dramatischen, heute schon sichtbaren und zu befürchtenden Klimafolgen fordern das Engagement der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung. Aus dieser Verantwortung heraus hat die württembergische Landeskirche schon im Jahr 2011 die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes in Auftrag gegeben. Damit wurde erstmals unser Ausstoß von Treibhausgasemissionen berechnet, Einsparziele festgelegt und in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog Schritte zur Emissionsminderung aufgezeigt. Aktuell haben beide Diözesen und beide Landeskirchen in Baden-Württemberg derartige Konzepte erstellt. Besonders eindrücklich war für mich die ökumenische Delegationsreise zur Weltklimakonferenz in Paris. Hierbei erging durch Vertreter der deutschen Verhandlungsdelegation die Aufforderung an die Kirchen ihre Rolle als Impulsgeber und treibende Kraft weiterhin und noch deutlicher wahrzunehmen.

Vom Reden zum Tun

Klimaschutz ist eine Herausforderung an alle Lebensbereiche, an uns als Kirchen und an jeden Einzelnen. Wir wollen als Kirchen noch stärker in unseren

Kirchengemeinden, Einrichtungen und Werken das Bewusstsein für die Umweltfolgen unseres Handelns schärfen. Die Klimaschutzkonzepte enthalten deshalb nicht nur technische Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung. Mit Schulungen und Bildungsbeiträgen, über nachhaltige Beschaffung und Mobilitätskonzepte wollen wir gute Beispiele entwickeln und umsetzen, die in ihrer Wirkung weit über unseren eigenen Verantwortungsbereich hinaus reichen. Wir stellen in den Klimaschutzkonzepten unsere lokalen Maßnahmen in weltweite Zusammenhänge. Unsere Partnerkirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika leiden unter den Folgen des Klimawandels und benötigen Unterstützung für ihre Anliegen, gleichzeitig haben sie auch konkrete Maßnahmen und Forderungen entwickelt, die wir in der entwicklungspolitischen Dialog in unserem Bundesland einbringen wollen. Wir wollen in unseren Zusammenhängen, in unserem Bundesland zu Veränderungen beitragen, die zu einer besseren Zukunft der Menschheitsfamilie führen

Mit den Klimaschutzkonzepten haben wir Einzelmaßnahmen in ein systematisches Handlungsprogramm eingebunden. Nun verbindet das Bündnis für Klimagerechtigkeit die Konzepte der Kirchen zu einem landesweiten, koordinierten Handlungsrahmen. Beiträge der einzelnen Kirchen können in ökumenischer Verbundenheit gemeinsam umgesetzt werden, dies steigert gleichzeitig die Effektivität der Klimaschutzprogramme der einzelnen Kirchen. Das koordinierte Vorgehen bündelt Kräfte. Mit der gemeinsamen Positionsbestimmung der Kirchen im Bündnis für Klimagerechtigkeit wird die Wichtigkeit und Bedeutung des Klimaschutzes betont. Die Kirchen in Baden-Württemberg sind im Bündnis für Klimagerechtigkeit sowohl wichtiges Gegenüber als auch Partner von Politik und zivilgesellschaftlichen Gruppen.